BSW – Landesverband Bayern

3. Landesparteitag
Veranstaltungshalle Babucke in Meeder
10. und 11.10.2026

ABSTIMMUNGSHEFT ZUM LEITANTRAG L1

Stand: 07.10.2026

Antragsteller: Landesvorstand BSW Bayern

Antragstext:

Vom Aufbau zur Gestaltung

Bayern braucht Vernunft, Gerechtigkeit und Frieden

Präambel

Das Bündnis Sahra Wagenknecht Bayern ist angetreten, um den Menschen in unserem Land wieder eine politische Stimme zu geben, die sich an ihren tatsächlichen Lebensinteressen orientiert.

Wir sind entstanden in einer Zeit wachsender Unsicherheit. Viele Menschen erleben, dass die Versprechen der vergangenen Jahrzehnte nicht mehr eingelöst werden. Trotz wirtschaftlicher und technischer Leistungsfähigkeit nehmen Zukunftsängste zu. Wohnen wird für viele unbezahlbar, die Gesundheitsversorgung verschlechtert sich, das Rentensystem wird demontiert, die öffentliche Infrastruktur verfällt vielerorts, die industrielle Basis unseres Landes gerät unter Druck und die gesellschaftliche Spaltung wächst.

Gleichzeitig erleben viele Bürgerinnen und Bürger eine Politik, die sich zunehmend von ihrer Lebenswirklichkeit entfernt hat. Ideologische Debatten ersetzen praktische Lösungen. Immer neue Belastungen werden beschlossen, während grundlegende Probleme ungelöst bleiben. Hinzu kommt eine zunehmende Militarisierung der Politik. Milliardenbeträge werden für Aufrüstung mobilisiert, während Kommunen, Schulen, Krankenhäuser und Infrastruktur vielerorts unterfinanziert sind.

Das BSW Bayern steht für einen anderen politischen Ansatz. Wir verbinden soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftlicher Vernunft, Frieden mit gesellschaftlichem Zusammenhalt und ökologische Verantwortung mit technologischer Offenheit und Augenmaß. Wir wollen einen handlungsfähigen Staat, eine leistungsfähige Wirtschaft

und eine Gesellschaft, in der Leistung anerkannt wird und niemand aufgrund seiner sozialen Herkunft zurückgelassen wird.
Dieser Leitantrag erhebt bewusst nicht den Anspruch, alle politischen Inhalte und Ziele bis ins Detail festzulegen. Die fachpolitische Vertiefung ist Aufgabe unserer Landesarbeitskreise und soll in die Erarbeitung unseres bayerischen Landtagswahlprogramms einfließen. Der Leitantrag soll vielmehr festlegen, wofür das BSW Bayern steht, wohin wir wollen und wie wir unsere Partei bis zur Landtagswahl 2028 organisatorisch, politisch und programmatisch weiterentwickeln.

I. Vom Aufbau zur politischen Verankerung

Die vergangenen Jahre waren geprägt vom Aufbau einer völlig neuen politischen Kraft. Während andere Parteien auf jahrzehntelang gewachsene Strukturen zurückgreifen können, mussten wir Organisation, politische Arbeit und öffentliche Präsenz oft auch gegen Widerstände von Innen gleichzeitig entwickeln.

Mit großem ehrenamtlichem Engagement unserer Mitglieder ist es gelungen, in allen Teilen Bayerns Strukturen aufzubauen. Die Kommunalwahl 2026 hat dabei einen wichtigen Meilenstein markiert, auch wenn die Erwartungen vielerorts größer waren als das Ergebnis. Mit Mandaten in Coburg, Ansbach, Asbach-Bäumenheim und Kaufbeuren ist das BSW erstmals in kommunalen Vertretungen Bayerns präsent.

Gleichzeitig befinden sich 33 Kreisverbände beziehungsweise Kreisverbandsstrukturen in der Gründungs- und Aufbauphase. Mit den Landesarbeitskreisen beginnt darüber hinaus eine neue Phase unserer programmatischen Arbeit.
Das BSW Bayern in der Parteienlandschaft verankern.

Doch die Gründungsphase allein reicht nicht. Jetzt beginnt die Phase der politischen Verankerung. Unser Ziel ist als dauerhaft verankerte politische Kraft mit glaubwürdigen Antworten auf die großen sozialen, wirtschaftlichen und friedenspolitischen Fragen unserer Zeit Antworten geben zu können.

II. Bayern braucht eine neue politische Kraft

Bayern gehört zu den wirtschaftlich stärksten Regionen Europas. Gleichzeitig werden die Widersprüche unseres Landes immer sichtbarer. Industrieunternehmen kämpfen mit hohen Energiepreisen und schlechter werdenden Standortbedingungen, Automobilindustrie und deren Zulieferer bauen massiv Arbeitsplätze ab. Mittelständler und Handwerksbetriebe leiden unter Bürokratie und Fachkräftemangel. Kommunen geraten finanziell unter Druck. Bezahlbarer Wohnraum fehlt. Krankenhäuser schließen. Pflegeeinrichtungen kämpfen ums Überleben.

Viele Menschen arbeiten hart und haben dennoch das Gefühl, dass ihr Lebensstandard sinkt. Die Ursachen dafür liegen nicht in mangelnder

Leistungsbereitschaft der Bevölkerung, sondern in politischen Fehlentscheidungen und falschen Prioritäten.

Das BSW Bayern will eine politische Alternative für diejenigen sein, die dieses Land durch ihre Arbeit, ihre Unternehmen, ihre Familien und ihr gesellschaftliches Engagement tragen: für Arbeitnehmer und Rentner, für Familien und junge Menschen, für Handwerker, Selbstständige und Mittelständler, für Menschen in Städten ebenso wie im ländlichen Raum.

Wir wollen nicht versprechen, jedes Problem gleichzeitig lösen zu können. Politik braucht Prioritäten, Ehrlichkeit und überprüfbare Ziele. Wir wollen sagen, was wir erreichen wollen – und uns daran messen lassen.

III. Unsere politischen Grundsätze

Frieden

Frieden ist die Voraussetzung für soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Deutschland muss sicher sein, aber unser Ziel darf nicht eine Gesellschaft sein, die immer stärker auf Kriegstüchtigkeit und militärische Konfrontation ausgerichtet wird.
Wir wollen Diplomatie, Rüstungskontrolle, Abrüstung und eine europäische Sicherheitsarchitektur, welche die legitimen Sicherheitsinteressen aller europäischen Staaten berücksichtigt. Gerade in Zeiten wachsender Konfrontation brauchen wir mehr Gesprächskanäle und nicht weniger.

Soziale Gerechtigkeit

Wer arbeitet, muss von seiner Arbeit leben können. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss im Alter seinen Lebensstandard weitgehend halten können. Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit oder Alter dürfen Menschen nicht in Armut stürzen. Ein leistungsfähiger Sozialstaat ist keine Belastung einer erfolgreichen Wirtschaft, sondern eine Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wirtschaftliche Vernunft

Wohlstand muss erwirtschaftet werden, bevor er verteilt werden kann. Bayern braucht deshalb eine starke Industrie, einen innovativen Mittelstand, leistungsfähiges Handwerk, gute Arbeitsplätze und gut ausgebildete Fachkräfte.
Wirtschaftliche Vernunft bedeutet für uns zugleich, Marktmacht zu begrenzen, fairen Wettbewerb zu gewährleisten und Arbeitnehmer angemessen am wirtschaftlichen Erfolg zu beteiligen.

Demokratie und Bürgernähe

Demokratie lebt von Beteiligung, Meinungsvielfalt und der Bereitschaft, unterschiedliche Auffassungen auszuhalten. Wir wollen politische Entscheidungen wieder näher an die Bürger bringen. Insbesondere unsere Städte, Gemeinden und Landkreise sind die Orte, an denen Menschen Demokratie unmittelbar erleben.

Änderungsantrag ÄA.L1.119

Antragsteller: Bezirksvorstand BSW Oberbayern, Kreisvorstand BSW Erding-Ebersberg

Antragstext:

Einfügen nach Zeile 119:

Meinungsfreiheit ist ein unverzichtbares demokratisches Grundrecht. Sie findet dort ihre Grenzen, wo Volksverhetzung, rassistische Hetze, Bedrohung oder Gewaltpropaganda beginnen.

Wir verteidigen demokratische Grundrechte gegen Einschränkungen und stellen uns einer Ausweitung staatlicher Überwachungs- und Repressionsbefugnisse entgegen. Versammlungsfreiheit, Streikrecht, gewerkschaftliche Betätigung und das Recht auf politischen Protest gehören zu den Grundlagen einer lebendigen Demokratie. Maßnahmen zur Bekämpfung extremistischer oder strafbarer Handlungen dürfen nicht dazu missbraucht werden, legitimen politischen und sozialen Protest einzuschränken.

Das BSW Bayern stellt sich rechtsextremen, rassistischen und faschistischen politischen Strömungen konsequent entgegen. Dazu zählen für uns auch faschistische Sammlungsbewegungen außerhalb und innerhalb der AfD, in denen sich völkisch-nationalistische, rassistische und autoritäre Kräfte und Netzwerke sammeln und organisieren. Kennzeichnend sind insbesondere die Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Zugehörigkeit, ein ethnisch oder völkisch definierter Volksbegriff sowie die Infragestellung demokratischer, sozialer und gewerkschaftlicher Rechte.

Damit bezeichnen wir ausdrücklich nicht die AfD als Gesamtpartei als faschistisch. Wir unterscheiden zwischen der Gesamtpartei, ihren unterschiedlichen politischen Strömungen und Mitgliedern, sowie denjenigen organisierten Kräften und Netzwerken innerhalb und außerhalb der AfD, auf die diese Merkmale zutreffen. Konservative oder bürgerliche Positionen setzen wir nicht mit Rechtsextremismus oder Faschismus gleich.

Die politische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und faschistischen Sammlungsbewegungen darf sich nicht auf moralische Empörung, pauschale Zuschreibungen oder organisatorische Abgrenzung beschränken. Sie muss politisch und sozial geführt werden. Wo sich die AfD als Vertreterin der abhängig Beschäftigten und sozial Benachteiligten darstellt, legen wir ihre konkreten Positionen zu Arbeitnehmerrechten, Gewerkschaften, Sozialstaat, Renten und Verteilungspolitik offen und setzen ihnen unsere eigenen sozialen Positionen entgegen.

Begründung:

Der Leitantrag formuliert wichtige Grundpositionen zu sozialer Gerechtigkeit, Arbeitnehmerrechten, Migration, Demokratie und Frieden. Der Änderungsantrag greift diese Positionen auf, konkretisiert sie und entwickelt sie in zentralen Bereichen weiter.

Die politische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und faschistischen

Sammlungsbewegungen muss politisch und sozial geführt werden. Eine bloße moralische oder organisatorische Abgrenzung reicht nicht aus. Wir betrachten die AfD in ihrer politischen Gesamtausrichtung als eine rechte Partei mit einer in wesentlichen Bereichen neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie einer militaristischen Orientierung. Die Bezeichnung als militaristisch bezieht sich auf konkrete verteidigungspolitische Forderungen nach einer deutlichen personellen und materiellen Stärkung der Bundeswehr, der Wiedereinführung der Wehrpflicht und dem Ausbau der Rüstungsindustrie. Diese Orientierung auf nationale Aufrüstung und eine gesellschaftliche Verankerung des Militärischen bewerten wir als militaristisch.

Dass die AfD zugleich einzelne Auslandseinsätze, Waffenlieferungen und Elemente der gegenwärtigen NATO-Politik ablehnt, steht dieser grundsätzlichen militaristischen Orientierung aus unserer Sicht nicht entgegen.

Davon unterscheiden wir ausdrücklich faschistische Sammlungsbewegungen, Strömungen und Netzwerke innerhalb und außerhalb der AfD. Nicht jede rechte, konservative oder nationalliberale Position ist faschistisch. Als faschistische Sammlungsbewegungen bezeichnen wir organisierte politische Kräfte und Netzwerke, die unterschiedliche Kräfte der äußersten Rechten auf einer völkisch-nationalistischen, rassistischen und autoritären Grundlage zusammenführen.

IV. Politische Eigenständigkeit – unser eigener Weg

Das BSW Bayern ist eine eigenständige politische Kraft. Unsere Haltung gegenüber anderen Parteien bestimmen wir weder durch taktische Abgrenzungsrituale noch durch die Suche nach vermeintlichen Gemeinsamkeiten. Maßstab unseres Handelns sind unsere eigenen politischen Grundsätze. Dies gilt ausdrücklich auch für unseren Umgang mit der AfD.

Änderungsantrag ÄA.L1.126

Antragsteller: Bezirksvorstand BSW Niederbayern, Bezirksvorstand BSW Oberfranken

Antragstext:

Streichung in Zeilen 126-127:

~~Dies gilt ausdrücklich auch für unseren Umgang mit der AfD.~~

Begründung:

Generell halten wir die Nennung anderer politischer Parteien für verfehlt. Ein Leitantrag sollte die eigenen Ziele, Werte und Lösungsansätze für die Gesellschaft in den Mittelpunkt stellen. Die Auseinandersetzung mit politischen Mitbewerbern ist Gegenstand des Tagesgeschäfts und der laufenden politischen Debatte, hat jedoch in einem grundlegenden Ausrichtungsdokument keinen strukturellen Platz.

Zwar formuliert entsprechender Absatz politische Eigenständigkeit, ist der Auffassung der Antragssteller nach jedoch nicht konsequent: Die bornierte Haltung gegenüber Zusammenarbeit, Annäherung etc. gegenüber anderen Parteien – hier vor allem die AfD – schwächt die Entwicklung eines eigenen politischen Profils erheblich.

Wer es ernst meint mit einem Fokus auf uns selbst, sollte nicht ständig darauf achten müssen, wie sich andere Parteien zu einem Thema positionieren. Insbesondere der Verzicht auf eine „politische Annäherung“ an die AfD bedeutet automatisch, zuerst die Position der AfD zu beleuchten, bevor eine eigene entwickelt werden kann, um eine (vielleicht auch ungewollte) Annäherung zu vermeiden. Dies lähmt die politische Willensbildung des BSW in hohem Maße und sollte auf keinen Fall im Leitantrag verankert werden.

Der betroffene Absatz formuliert zwar vordergründig das Ziel politischer Eigenständigkeit, widerspricht diesem Anspruch in seiner konkreten Ausgestaltung jedoch grundlegend. Wer es mit einer eigenständigen, fokussierten Politik für die Bürgerinnen und Bürger ernst meint, darf das eigene Handeln nicht vom Verhalten oder den Positionen anderer Parteien abhängig machen. Diese inhaltlichen Widersprüche, die sich aus den unklaren Ausführungen über den Charakter oder die Qualität einer Zusammenarbeit mit anderen Parteien ergibt, schwächen den Leitantrag.

Mit der Behebung dieser Schwachstelle gewinnen wir die notwendige Beinfreiheit zurück, um das BSW als starke, eigenständige und kompromisslos an den Interessen der Bevölkerung ausgerichtete Kraft zu positionieren.

Änderungsantrag ÄA.L1.127

Antragsteller: Kreisvorstand BSW Unterfranken Mitte

Antragstext:

Einfügen nach Zeile 127:

Eigenständigkeit auch gegenüber CSU und Freien Wählern

Das BSW Bayern ist eine eigenständige landespolitische Kraft und grenzt sich auch klar von CSU und Freien Wählern ab.

Unser Profil unterscheidet sich insbesondere durch unseren Anspruch auf einen starken Sozialstaat, eine konsequente Politik für Arbeitnehmer und Rentner, eine leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge, echte Chancengerechtigkeit und eine Friedenspolitik, die weiterer Aufrüstung und der Förderung der Rüstungsindustrie entgegentritt.

Gerade mit Blick auf die Landtagswahl 2028 müssen diese Unterschiede sichtbar werden. Wo Entscheidungen der Staatsregierung unseren politischen Zielen widersprechen, werden wir dies klar benennen und eigene Alternativen entwickeln.

Begründung:

Der Abschnitt zur politischen Eigenständigkeit beschäftigt sich bislang überwiegend mit dem Verhältnis zur AfD. Für einen bayerischen Leitantrag muss politische Eigenständigkeit jedoch ebenso gegenüber den Parteien deutlich werden, die seit Jahren die Staatsregierung stellen.

Das BSW Bayern sollte deshalb sein eigenes sozial-, wirtschafts- und friedenspolitisches Profil gegenüber CSU und Freien Wählern klarer herausarbeiten.

128

Wir lehnen eine Politik ab, bei der parlamentarische Anträge allein aufgrund ihres Absenders beurteilt werden. Wenn beispielsweise in einem Gemeinderat ein sachlich vernünftiger Antrag zur Sanierung einer Schule, zum Bau einer notwendigen Brücke oder zum Erhalt eines Krankenhauses eingebracht wird, beurteilen unsere Mandatsträger diesen Antrag nach seinem Inhalt. Ein sinnvoller Vorschlag wird nicht dadurch falsch, dass die AfD ihn stellt.

Änderungsantrag ÄA.L1.133

Antragsteller: Bezirksvorstand BSW Niederbayern, Bezirksvorstand BSW Oberfranken

Antragstext:

Streichung in Zeilen 133-134:

~~Ein sinnvoller Vorschlag wird nicht dadurch falsch, dass die AfD ihn stellt.~~

Begründung:

siehe Antrag ÄA.L1.126

Aus dieser Haltung folgt jedoch ausdrücklich keine politische Annäherung an die AfD. Zwischen BSW und AfD bestehen bei zentralen politischen Grundfragen erhebliche Gegensätze. Sie betreffen grundlegende Vorstellungen darüber, wie Wirtschaft, Sozialstaat, Gesellschaft und Friedenspolitik gestaltet werden sollen.

Änderungsantrag ÄA.L1.136

Antragsteller: Bezirksvorstand BSW Niederbayern, Bezirksvorstand BSW Oberfranken

Antragstext:

Streichung der Zeilen 136-139:

~~Aus dieser Haltung folgt jedoch ausdrücklich keine politische Annäherung an die AfD. Zwischen BSW und AfD bestehen bei zentralen politischen Grundfragen erhebliche Gegensätze. Sie betreffen grundlegende Vorstellungen darüber, wie Wirtschaft, Sozialstaat, Gesellschaft und Friedenspolitik gestaltet werden sollen.~~

Begründung:

siehe Antrag ÄA.L1.126

Soziale Gerechtigkeit statt Umverteilung nach oben

Das BSW will gute Löhne, starke Tarifverträge, sichere Arbeitsplätze und einen handlungsfähigen Sozialstaat. Kleine und mittlere Einkommen wollen wir entlasten und sehr große Vermögen angemessen an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen.

Die AfD verfolgt insbesondere in der Steuer- und Wirtschaftspolitik einen anderen Ansatz. Sie setzt wesentlich stärker auf Deregulierung und steuerliche Entlastung von Vermögen und Unternehmen. Für uns ist ein Staat, der sich aus zentralen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben zurückzieht, keine Antwort auf die Probleme unseres Landes.

Änderungsantrag ÄA.L1.146

Antragsteller: Bezirksvorstand BSW Niederbayern, Bezirksvorstand BSW Oberfranken

Antragstext:

Streichung in Zeilen 146-148:

~~Die AfD verfolgt insbesondere in der Steuer- und Wirtschaftspolitik einen anderen Ansatz. Sie setzt wesentlich stärker auf Deregulierung und steuerliche Entlastung von Vermögen und Unternehmen.~~

Begründung:

siehe Antrag ÄA.L1.126

Änderungsantrag ÄA.L1.151

Antragsteller: Bezirksvorstand BSW Niederbayern, Bezirksvorstand BSW Oberfranken

Antragstext:

Streichung in Zeile 151:

~~Der Unterschied zeigt sich besonders bei der Verteilung wirtschaftlicher Lasten.~~

Begründung:

siehe Antrag ÄA.L1.126

Der Unterschied zeigt sich besonders bei der Verteilung wirtschaftlicher Lasten. Das BSW will kleine und mittlere Einkommen entlasten, zugleich aber sehr große Vermögen und hohe Kapitaleinkommen angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Eine Politik, die Vermögen und Erbschaften weitgehend von solchen Beiträgen freistellt, während öffentliche Infrastruktur, Kommunen und soziale Sicherung unter Finanzierungsdruck stehen, entspricht nicht unserem Verständnis von Gerechtigkeit.
Auch wirtschaftliche Freiheit braucht Regeln. Wir wollen Unternehmertum, Mittelstand und Leistung fördern, zugleich aber verhindern, dass marktbeherrschende Konzerne, Finanzinteressen oder Monopole ihre Macht zulasten von Beschäftigten, Verbrauchern und kleineren Unternehmen einsetzen. Unser Leitbild ist nicht der möglichst schwache Staat, sondern ein Staat, der fairen Wettbewerb sichert und dort handlungsfähig ist, wo der Markt allein keine guten Ergebnisse hervorbringt.

Arbeitnehmerrechte und starke Gewerkschaften

Das BSW steht auf der Seite der Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit verdienen. Wir wollen starke Gewerkschaften, Tarifbindung, betriebliche Mitbestimmung, einen wirksamen Mindestlohn und Schutz vor Lohndumping. Arbeitnehmerrechte sind kein Hindernis wirtschaftlicher Entwicklung, sondern Bestandteil einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft.

Gerade hier liegt ein wesentlicher Teil unserer politischen Identität. Wirtschaftlicher Erfolg darf nicht gegen die Beschäftigten organisiert werden. Deshalb Lehnen wir die Abschaffung des Achtstundentages genauso ab wie eine Liberalisierung der Befristungsregelungen. Produktivitätsfortschritt und unternehmerischer Erfolg müssen sich auch in höheren Löhnen, sicheren Arbeitsplätzen und guten Arbeitsbedingungen niederschlagen. Die Sozialpartnerschaft zwischen leistungsfähigen Unternehmen und selbstbewussten Arbeitnehmervertretungen ist für uns eine Stärke des deutschen Wirtschaftsmodells, die erhalten und erneuert werden muss.

Änderungsantrag ÄA.L1.180

Antragsteller: Bezirksvorstand BSW Oberbayern, Kreisvorstand BSW Erding-Ebersberg

Antragstext:

Einfügen nach Zeile 180:

Die erkämpften Errungenschaften der Arbeiterbewegung werden wir gegen jeden Versuch verteidigen, sie zurückzunehmen. Dazu gehört insbesondere der Achtstundentag. Wir stellen uns allen Bestrebungen entgegen, die tägliche Höchstarbeitszeit aufzuweichen oder den Achtstundentag faktisch auszuhöhlen.

Das BSW Bayern steht für die Verteidigung des Achtstundentags, der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, eines starken Kündigungsschutzes, der Tarifautonomie, der Mitbestimmung, des Streikrechts und der gewerkschaftlichen Organisationsfreiheit.

Wir verteidigen die gesetzlichen Sozialversicherungen als solidarische Sicherungssysteme der Versicherten. Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung müssen ihrer sozialen Aufgabe dienen und solidarisch finanziert werden.

Wir fordern vollständige Transparenz über die Verwendung der Beitragsmittel und stellen uns gegen die Plünderung der gesetzlichen Renten- und Sozialversicherungskassen durch die Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben zulasten der Versicherten.

Begründung:

Wo sich Parteien wie CSU oder AfD als Vertreter der abhängig Beschäftigten und sozial Benachteiligten darstellen, müssen wir ihre konkreten Positionen zu Arbeitnehmerrechten, Gewerkschaften, Sozialstaat, Renten und gesellschaftlicher Verteilung sichtbar machen. Dem setzen wir eine eigenständige soziale Politik entgegen.

Wir verteidigen die erkämpften Rechte der Arbeiterbewegung, Achtstundentag, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Kündigungsschutz, Tarifautonomie, Mitbestimmung, Streikrecht und gewerkschaftliche Organisationsfreiheit sichern den Beschäftigten die Möglichkeit, ihre gemeinsamen Interessen durchzusetzen. Dazu gehört auch der Schutz der gesetzlichen Sozialversicherungen und der von den Versicherten aufgebrachten Beitragsmittel.

Ein starker Sozialstaat

Gesundheit, Pflege, Rente, Bildung und soziale Sicherheit dürfen nicht davon abhängen, wie groß der Geldbeutel eines Menschen ist. Wir wollen einen solidarischen Sozialstaat und öffentliche Verantwortung für die grundlegende Daseinsvorsorge. Gesellschaftliche Risiken sollen solidarisch getragen und nicht immer stärker privatisiert werden.
Ein starker Sozialstaat und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind für uns keine Gegensätze. Soziale Sicherheit schafft Vertrauen, stabilisiert die Gesellschaft und ermöglicht Menschen, Veränderungen zu bewältigen. Wer den Sozialstaat vor allem als Kostenfaktor betrachtet, verkennt seine Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Reformen müssen ihn leistungsfähiger und gerechter machen – nicht seine Substanz abbauen und das Leben der Menschen nicht verschlechtern, sondern verbessern.

Migration ordnen, ohne Menschen auszugrenzen

Gerade in der Migrationspolitik wird das BSW von anderen Parteien häufig zu Unrecht als ausländerfeindlich oder rassistisch dargestellt. Wir weisen diese Gleichsetzung entschieden zurück. Eine humane Einwanderungspolitik braucht Regeln, Steuerung und gesellschaftliche Akzeptanz.
Sie muss sowohl die Interessen der bereits hier lebenden Bevölkerung, ob mit oder ohne Migrationshintergrund berücksichtigen. Deutschland kann nicht unbegrenzt Menschen aufnehmen, ohne die Aufnahmefähigkeit von Kommunen, Wohnungsmarkt, Schulen, Gesundheitswesen und sozialer Infrastruktur zu berücksichtigen. Wer jede Regulierung von Migration ablehnt, gefährdet langfristig gerade die Akzeptanz jener Migration, die notwendig und sinnvoll ist.
Eine Politik offener Grenzen klingt human, kann in der Realität aber das Gegenteil bewirken. Wenn Wohnraum fehlt, Schulen und Kitas überfordert sind, Integrationsangebote nicht ausreichen und Kommunen ihre Aufgaben kaum noch erfüllen können, entstehen Konkurrenz, Überforderung und gesellschaftliche Spannungen. Ordnung und Begrenzung sind deshalb kein Gegensatz zur Humanität, sondern eine Voraussetzung dafür, Schutz und Integration dauerhaft gewährleisten zu können.
Wir wenden uns zugleich gegen den Versuch, soziale Probleme pauschal Migranten anzulasten. Hohe Mieten, schlechte Löhne, fehlende Wohnungen oder überlastete Infrastruktur sind nicht durch Herkunft zu erklären, sie werden nur durch Migration deutlich sichtbarer. Politik muss diese Probleme lösen, statt Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen. Genau darin unterscheidet sich unsere Position sowohl von einer Politik, die jede Begrenzung tabuisiert, als auch von einer Politik, die Migration zur Erklärung nahezu aller gesellschaftlichen Probleme macht.

Änderungsantrag ÄA.L1.220

Antragsteller: Bezirksvorstand BSW Oberbayern, Kreisvorstand BSW Erding-Ebersberg

Antragstext:

Einfügen nach Zeile 220:

Wir widersprechen jedem Versuch, soziale Probleme zu ethnisieren und Menschen

unterschiedlicher Herkunft gegeneinander auszuspielen. Rassistische Hetze und pauschale Schuldzuweisungen gegenüber Migrantinnen und Migranten spalten Menschen, die als abhängig Beschäftigte vielfach gemeinsame soziale Interessen haben.

Niedrige Löhne werden nicht durch die Herkunft der Beschäftigten verursacht und Wohnungsmangel nicht durch die Nationalität der Wohnungssuchenden. Überlastete Schulen, Kommunen und soziale Einrichtungen sind vor allem die Folge einer über Jahre unzureichend ausgebauten und finanzierten öffentlichen Infrastruktur.

Notwendige Regeln und Begrenzungen von Migration dürfen nicht mit der Ethnisierung sozialer Konflikte verwechselt werden. Unser Gegenmodell ist die Solidarität der Lohnabhängigen über Herkunft und Nationalität hinweg: gleiche soziale und arbeitsrechtliche Standards, Tariflöhne, bezahlbarer Wohnraum und eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur für alle.

Die Instrumentalisierung von Frauenrechten zur Stimmungsmache gegen Migrantinnen und Migranten oder gesellschaftliche Minderheiten durch rechte Akteure lehnen wir ab. Frauenrechte sind universelle Rechte und dürfen nicht für rassistische oder ausgrenzende Politik missbraucht werden.

Begründung:

Soziale Konflikte dürfen nicht ethnisiert werden. Beschäftigte unterschiedlicher Herkunft haben gemeinsame Interessen an guten Löhnen, sicheren Arbeitsplätzen, bezahlbarem Wohnraum, sozialer Sicherheit und einer leistungsfähigen öffentlichen Infrastruktur. Eine solidarische Interessenpolitik der abhängig Beschäftigten steht nicht im Widerspruch zu notwendigen Regeln und Begrenzungen von Migration.

Änderungsantrag ÄA.L1.220.2

Antragsteller: Kreisvorstand BSW Unterfranken Mitte

Antragstext:

Einfügen nach Zeile 220:

Unsere Unterschiede zur AfD liegen nicht nur in einzelnen politischen Forderungen, sondern auch im zugrunde liegenden Menschen- und Gesellschaftsbild. Wir lehnen völkisches, ethnisch-nationalistisches und identitäres Denken ab, das gesellschaftliche Zugehörigkeit wesentlich über Abstammung oder Herkunft definiert. Unser politischer Ansatz ist sozial, pragmatisch und rational: Wir beurteilen politische Fragen danach, welche Lösungen funktionieren und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt dienen – nicht danach, welcher Herkunft Menschen sind.

Das zeigt sich besonders in der Migrationspolitik. Auch wenn einzelne Forderungen auf den ersten Blick ähnlich erscheinen können, ist unser Ausgangspunkt ein anderer: Wir wollen Migration ordnen und begrenzen, weil staatliche und kommunale Strukturen nur begrenzt aufnahmefähig sind und eine humane Integration Regeln voraussetzt. Wir machen soziale Probleme aber nicht an Herkunft oder ethnischer Zugehörigkeit fest.

Begründung:
Die Abgrenzung zur AfD sollte nicht allein anhand einzelner Sachpositionen erfolgen. Entscheidend ist auch, aus welchem politischen und ethischen Verständnis heraus Forderungen begründet werden. Gerade in der Migrationspolitik hilft diese Klarstellung, oberflächliche Ähnlichkeiten von grundlegenden politischen Unterschieden zu unterscheiden.

Asyl und Arbeitsmigration klar trennen
Asyl ist ein Schutzrecht. Menschen, die vor Krieg oder politischer Verfolgung fliehen und Schutz benötigen, müssen diesen erhalten. Arbeitsmigration dagegen ist die gezielte Einwanderung von Menschen, deren Fähigkeiten und Qualifikationen auf unserem Arbeitsmarkt benötigt werden. Diese beiden Bereiche müssen politisch und rechtlich klar unterschieden werden.
Eine funktionierende Einwanderungspolitik muss zwischen humanitärem Schutz, Arbeitsmigration, Integration und der rechtsstaatlichen Rückführung von Menschen ohne Aufenthaltsrecht unterscheiden. Straftäter und Gefährder ohne Bleiberecht müssen konsequent zurückgeführt werden können.

Fluchtursachen und globale Verantwortung
Menschen verlassen ihre Heimat nicht nur wegen Krieg und politischer Verfolgung. Oft liegen die Ursachen auch in Armut, wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit, fehlender Infrastruktur, unfairen Handelsbeziehungen und mangelnden Zukunftschancen.
Eine verantwortungsvolle Politik muss deshalb stärker dazu beitragen, Perspektiven in den Herkunftsländern zu schaffen. Offene Grenzen lösen globale Armut nicht. Sie können ärmeren Ländern sogar gerade jene jungen und qualifizierten Menschen entziehen, die dort für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung gebraucht werden.

Integration braucht Sprache, Bildung und Arbeit
Wer dauerhaft in Deutschland lebt, soll Teil unserer Gesellschaft werden können. Dazu gehören ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache, Bildung und berufliche Qualifikation, Zugang zum Arbeitsmarkt, Respekt vor unseren Gesetzen und die Anerkennung demokratischer Grundwerte. Der Staat muss Integration ermöglichen; wer dauerhaft bei uns leben möchte, muss diese Möglichkeiten auch nutzen.

Zugehörigkeit, Verantwortung und gesellschaftlicher Zusammenhalt
Deutschland ist die Heimat von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Wer hier dauerhaft lebt, arbeitet, Verantwortung übernimmt, unsere demokratische Ordnung respektiert und sich diesem Land verbunden fühlt, gehört zu unserer Gesellschaft – unabhängig davon, wo seine Eltern oder Großeltern geboren wurden.
Unser Verständnis gesellschaftlicher Zugehörigkeit ist staatsbürgerlich und sozial, nicht ethnisch. Wir wollen gesellschaftlichen Zusammenhalt statt einer Politik, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft gegeneinander ausspielt.

Änderungsantrag ÄA.L1.258

Antragsteller: Bezirksvorstand BSW Oberbayern, Kreisvorstand BSW Erding-Ebersberg

Antragstext:

Einfügen nach Zeile 258:

Gleichberechtigung und Frauenrechte

Die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen ist für uns keine gesellschaftspolitische Nebenfrage. Wir verteidigen die gesellschaftliche und wirtschaftliche Gleichberechtigung von Frauen und ihre reproduktive Selbstbestimmung gegen jeden Versuch, erreichte Rechte zurückzudrängen oder Frauen erneut auf traditionelle Geschlechterrollen festzulegen.

Wir treten ein für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, eine eigenständige soziale Absicherung, gute und bezahlbare Kinderbetreuung, wirksamen Schutz vor Gewalt und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Bildung, Erwerbsleben, Politik und Gesellschaft.

Begründung:

Frauenrechte und tatsächliche Gleichberechtigung gehören ebenso zum Kern einer sozialen und demokratischen Politik. Frauenrechte dürfen weder zurückgedrängt noch zur Ausgrenzung von Migranten oder Minderheiten instrumentalisiert werden.

Änderungsantrag ÄA.L1.260

Antragsteller: Bezirksvorstand BSW Niederbayern, Bezirksvorstand BSW Oberfranken

Antragstext:

Änderung der Zeilen 260-303:

Alt:

Friedenspolitik aus eigener Überzeugung

Bei einzelnen aktuellen außenpolitischen Fragen gibt es Überschneidungen zwischen BSW und AfD. Daraus ergibt sich jedoch keine gemeinsame Friedenspolitik. Für das BSW gehören Entspannung, Abrüstung, Diplomatie und gemeinsame Sicherheit zum Kern unseres politischen Selbstverständnisses.

Wir wenden uns gegen ein neues Wettrüsten und gegen eine dauerhafte Militarisierung unserer Gesellschaft. Unser Ziel ist eine europäische Sicherheitsordnung, die langfristig auf Rüstungskontrolle, Interessenausgleich und Abrüstung setzt.

Dass Parteien in einer konkreten Frage – etwa bei der Kritik an einzelnen Waffenlieferungen, Sanktionen oder Entscheidungen im Ukrainekrieg – zu einem ähnlichen Abstimmungsergebnis kommen, begründet noch keine gemeinsame politische Grundlage. Friedenspolitik ist mehr als die Position zu einem einzelnen Krieg. Sie umfasst die grundsätzliche Frage, ob Sicherheit vor allem durch immer mehr Rüstung und militärische Stärke oder durch Diplomatie, Rüstungskontrolle,

Abrüstung und gegenseitige Sicherheitsgarantien geschaffen werden soll.

Gerade hier bestehen wichtige Unterschiede. Wer zugleich eine neue Wehrpflicht, eine massive militärische Aufrüstung und den Ausbau der Rüstungsindustrie befürwortet, vertritt ein anderes friedenspolitisches Leitbild als eine Partei, die einer dauerhaften Hochrüstung und Militarisierung entgegentreten will. Punktuelle Übereinstimmung darf deshalb nicht mit politischer Gemeinsamkeit verwechselt werden.

Gerade deshalb vertreten wir unsere Friedenspolitik eigenständig. Eine organisierte außerparlamentarische Zusammenarbeit mit der AfD – auch in der Friedensfrage – lehnen wir ab. Das BSW Bayern beteiligt sich nicht an gemeinsamen politischen Bündnissen, gemeinsam organisierten Demonstrationen, gemeinsamen Kampagnen, gemeinsamen Aufrufen oder dauerhaft koordinierten politischen Initiativen mit der AfD.

Wir brauchen die AfD nicht, um für Frieden einzutreten.

Sachentscheidung ja – politische Zusammenarbeit nein

Wir unterscheiden klar zwischen parlamentarischer Sachentscheidung und politischer Zusammenarbeit. Sachlich richtige Anträge können unabhängig von ihrem Absender Zustimmung finden. Eine organisierte politische oder außerparlamentarische Zusammenarbeit mit der AfD lehnen wir dagegen ab.

Wir übernehmen dabei weder die klassische Brandmauerlogik anderer Parteien noch akzeptieren wir eine politische Annäherung an die AfD. Unsere Grenze ergibt sich aus unseren eigenen Grundsätzen.

Wir brauchen weder eine künstliche Brandmauer noch eine politische Annäherung an die AfD. Wir brauchen einen eigenen Weg. Und diesen Weg wird das BSW Bayern selbstbewusst gehen. Eine AFD in Regierungsverantwortung ist für uns kein demokratischer Neuanfang, sondern gefährdet die wirtschaftliche Lage, die soziale Sicherheit, sowie die Meinungsfreiheit in Deutschland.

Neu:

Friedensfähig statt kriegstüchtig: Bayern darf nicht zur Drehscheibe militärischer Eskalation werden

Frieden ist die absolute Existenzbedingung für Zivilisation, Menschlichkeit und Zukunft, denn ohne Frieden verliert jegliches staatliche und gesellschaftliche Handeln seine Daseinsberechtigung und führt unweigerlich in die totale Selbstzerstörung. Das BSW Bayern setzt sich für eine neue europäische Sicherheitsordnung ein, die auf Deeskalation, Abrüstung und gegenseitiges Vertrauen setzt. Diese Ordnung soll eine klare Betonung auf die europäische Souveränität legen und nicht nur lediglich eine unterwürfige Organisation darstellen wie z.B. die NATO, die den Vereinigten Staaten von Amerika vollständig unterworfen ist.

Völkerrechtswidrige Angriffskriege lehnen wir unabhängig vom Verursacher ab. Bei den jetzigen laufenden Angriffskriegen auf der Welt, wie zum Beispiel in der Ukraine

und dem Nahen Osten, fordern wir sofortige Waffenstillstände und Verhandlungen auf echter diplomatischer Basis und ein Ende der deutschen Waffenlieferungen in jene Kriegsgebiete.

Bayern darf weder Aufmarschgebiet noch Standort neuer US-Mittelstreckenwaffen werden, da wir uns damit zur Zielscheibe von anderen Supermächten auf der Welt machen werden. Militärische Einrichtungen in Bayern dürfen niemals zur Unterstützung völkerrechtswidriger Kriege genutzt werden; über Nutzung und Stationierungen dieser Einrichtungen soll transparent informiert werden.

Zivile Infrastruktur, Schulen, Hochschulen und Forschung dürfen nicht militärischen Interessen oder Zwecken untergeordnet werden. Wir lehnen Bundeswehr-Werbung an Schulen ebenso ab wie die Wehrpflicht und möchten das Recht auf Kriegsdienstverweigerung weiter stärken.

Öffentliche Mittel sollen vorrangig in zivile Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Katastrophenschutz und zivile industrielle Entwicklung fließen. Friedens- und Konfliktforschung, internationale Verständigung und zivile Konfliktlösung sind auszubauen.

Begründung:

Der ursprüngliche Text wurde unseren Ansichten zum Thema Frieden nur unzureichend gerecht und verglich diese mit den Positionen der AfD. Die Positionen der AfD haben jedoch in einem Leitantrag des BSW nichts verloren. Stattdessen möchten wir unsere eigenen Ansichten in der Breite aufzeigen, ohne dass es einen Vergleich mit einer anderen Partei benötigt.

Generell halten wir die Nennung anderer politischer Parteien für verfehlt. Ein Leitantrag sollte die eigenen Ziele, Werte und Lösungsansätze für die Gesellschaft in den Mittelpunkt stellen. Die Auseinandersetzung mit politischen Mitbewerbern ist Gegenstand des Tagesgeschäfts und der laufenden politischen Debatte, hat jedoch in einem grundlegenden Ausrichtungsdokument keinen strukturellen Platz.

Mit der Behebung dieser Schwachstelle gewinnen wir die notwendige Beinfreiheit zurück, um das BSW als starke, eigenständige und kompromisslos an den Interessen der Bevölkerung ausgerichtete Kraft zu positionieren.

Friedenspolitik aus eigener Überzeugung

Bei einzelnen aktuellen außenpolitischen Fragen gibt es Überschneidungen zwischen BSW und AfD. Daraus ergibt sich jedoch keine gemeinsame Friedenspolitik. Für das BSW gehören Entspannung, Abrüstung, Diplomatie und gemeinsame Sicherheit zum Kern unseres politischen Selbstverständnisses. Wir wenden uns gegen ein neues Wettrüsten und gegen eine dauerhafte Militarisierung unserer Gesellschaft. Unser Ziel ist eine europäische Sicherheitsordnung, die langfristig auf Rüstungskontrolle, Interessenausgleich und Abrüstung setzt.
Dass Parteien in einer konkreten Frage – etwa bei der Kritik an einzelnen Waffenlieferungen, Sanktionen oder Entscheidungen im Ukrainekrieg – zu einem ähnlichen Abstimmungsergebnis kommen, begründet noch keine gemeinsame

politische Grundlage. Friedenspolitik ist mehr als die Position zu einem einzelnen Krieg. Sie umfasst die grundsätzliche Frage, ob Sicherheit vor allem durch immer mehr Rüstung und militärische Stärke oder durch Diplomatie, Rüstungskontrolle, Abrüstung und gegenseitige Sicherheitsgarantien geschaffen werden soll. Gerade hier bestehen wichtige Unterschiede. Wer zugleich eine neue Wehrpflicht, eine massive militärische Aufrüstung und den Ausbau der Rüstungsindustrie befürwortet, vertritt ein anderes friedenspolitisches Leitbild als eine Partei, die einer dauerhaften Hochrüstung und Militarisierung entgegentreten will. Punktuelle Übereinstimmung darf deshalb nicht mit politischer Gemeinsamkeit verwechselt werden.

Änderungsantrag ÄA.L1.281

Antragsteller: Bezirksvorstand BSW Oberbayern, Kreisvorstand BSW Erding-Ebersberg

Antragstext:

Einfügen nach Zeile 281:

Friedenspolitik muss auch dort konkret werden, wo Militarisierung in Bayern stattfindet. Das BSW Bayern stellt sich der zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft und der Verflechtung von Rüstungsindustrie, militärisch orientierten Start-Ups, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und öffentlichen Institutionen entgegen. Wir werden diese Entwicklung öffentlich sichtbar machen und ihr politisch entgegentreten.

Eine wirtschaftliche Entwicklung, die dauerhaft auf Hochrüstung und wachsende Rüstungsproduktion angewiesen ist, ist für uns keine nachhaltige industriepolitische Perspektive. Gleichzeitig dürfen die Beschäftigten der Rüstungsindustrie nicht die Leidtragenden einer Friedenspolitik sein. Moralische Appelle reichen nicht, wenn Arbeitsplätze, Einkommen und wirtschaftliche Existenzen auf dem Spiel stehen.

Abrüstung braucht deshalb eine ökonomisch fundierte Rüstungskonversion, industrielles Know-How. Produktionskapazitäten und qualifizierte Arbeitsplätze müssen erhalten und schrittweise für zivile Produktion nutzbar gemacht werden. Eine solche Umstellung muss öffentlich unterstützt, langfristig geplant und gemeinsam mit Beschäftigten und Gewerkschaften entwickelt werden.

Begründung:

Friedenspolitik muss dort konkret werden, wo Militarisierung und Rüstungsproduktion stattfinden.

Gerade deshalb vertreten wir unsere Friedenspolitik eigenständig. Eine organisierte außerparlamentarische Zusammenarbeit mit der AfD – auch in der Friedensfrage – lehnen wir ab. Das BSW Bayern beteiligt sich nicht an gemeinsamen politischen Bündnissen, gemeinsam organisierten Demonstrationen, gemeinsamen Kampagnen, gemeinsamen Aufrufen oder dauerhaft koordinierten politischen Initiativen mit der AfD.

Wir brauchen die AfD nicht, um für Frieden einzutreten.

Sachentscheidung ja – politische Zusammenarbeit nein
Wir unterscheiden klar zwischen parlamentarischer Sachentscheidung und politischer Zusammenarbeit. Sachlich richtige Anträge können unabhängig von ihrem Absender Zustimmung finden. Eine organisierte politische oder außerparlamentarische Zusammenarbeit mit der AfD lehnen wir dagegen ab. Wir übernehmen dabei weder die klassische Brandmauerlogik anderer Parteien noch akzeptieren wir eine politische Annäherung an die AfD. Unsere Grenze ergibt sich aus unseren eigenen Grundsätzen.
Wir brauchen weder eine künstliche Brandmauer noch eine politische Annäherung an die AfD. Wir brauchen einen eigenen Weg. Und diesen Weg wird das BSW Bayern selbstbewusst gehen. Eine AFD in Regierungsverantwortung ist für uns kein demokratischer Neuanfang, sondern gefährdet die wirtschaftliche Lage, die soziale Sicherheit, sowie die Meinungsfreiheit in Deutschland.

Änderungsantrag ÄA.L1.303

Antragsteller: Bezirksvorstand BSW Oberbayern, Kreisvorstand BSW Erding-Ebersberg

Antragstext:

Einfügen nach Zeile 303:

Unsere Antwort auf Rechtsextremismus und faschistische Sammlungsbewegungen ist nicht die Übernahme ihrer Sprache, ihrer Feindbilder oder ihrer gesellschaftlichen Deutungsmuster. Ebenso wenig setzen wir konservative oder bürgerliche Positionen mit Rechtsextremismus oder Faschismus gleich.

Dem setzen wir eine eigenständige Politik entgegen, die konsequent von den gemeinsamen Interessen der abhängig Beschäftigten ausgeht und soziale Sicherheit, demokratische Rechte, Gleichberechtigung, internationale Solidarität und Frieden miteinander verbindet.

Begründung:

Wir beziehen uns auf Erfahrungen und Traditionen der Arbeiterbewegung, dem Kampf um ein besseres, menschenwürdiges Leben in Frieden und Völkerfreundschaft.

V. Politische Schwerpunkte bis 2028

Die folgenden Schwerpunkte beschreiben unsere politische Richtung. Die fachpolitische Konkretisierung erfolgt insbesondere durch die Landesarbeitskreise.

1. Bayern als Industrie- und Mittelstandsstandort sichern

Bayern lebt von Industrie, Mittelstand und Handwerk. Diese Grundlage unseres Wohlstands darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

- sichere und bezahlbare Energie
- Schutz industrieller Arbeitsplätze
- Stärkung regionaler Wertschöpfung

- Entlastung von Mittelstand und Handwerk
- Abbau unnötiger Bürokratie
- Investitionen in leistungsfähige Infrastruktur
- eine aktive, technologieoffene Industriepolitik

Die Transformation unserer Wirtschaft darf nicht zur Deindustrialisierung führen. Unser Ziel ist Modernisierung – nicht Abwanderung.

2. Forschung, Innovation, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz

Bayern muss auch künftig ein führender Technologie- und Innovationsstandort sein. Wir wollen Forschung und Entwicklung, Schlüsseltechnologien, innovative mittelständische Unternehmen und Start-ups stärken. Unternehmen brauchen Zugang zu qualifizierten Fachkräften, Wissenschaft und Forschung, bezahlbarer Energie und moderner Infrastruktur. Dort, wo Regulierung wirtschaftliche Tätigkeit erschwert, ohne Beschäftigten, Verbrauchern oder Umwelt einen erkennbaren Nutzen zu bringen, wollen wir sie abbauen.
Neue Technologien wie Künstliche Intelligenz bieten große Chancen, können aber zugleich Arbeitswelt und Gesellschaft tiefgreifend verändern. Unser Anspruch lautet: technologischen Fortschritt ermöglichen und zugleich dafür sorgen, dass sein Nutzen bei den Menschen ankommt und negative Folgen nicht einfach hingenommen werden.

3. Gute Arbeit, sichere Renten und sozialer Aufstieg

Arbeit muss sich lohnen. Wir stehen für Tarifbindung, Mitbestimmung, faire Löhne und sichere Arbeitsbedingungen. Eine Anhebung des Rentenalters lehnen wir ab. Wir wollen langfristig ein Rentensystem, in das möglichst alle Erwerbstätigen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen. Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns zugleich, dass Leistung Anerkennung findet und gesellschaftlicher Aufstieg durch eigene Arbeit wieder möglich wird.

Änderungsantrag ÄA.L1.347

Antragsteller: Bezirksvorstand BSW Niederbayern, Bezirksvorstand BSW Oberfranken

Antragstext:

Änderung in Zeile 347:

„Wasserversorgung“ ersetzen durch „Energie- und Wasserversorgung“

Begründung:

In diesem Abschnitt wird die öffentliche Daseinsvorsorge thematisiert. Zu dieser gehört neben den bereits genannten Punkten auch die Energieversorgung, deren Erwähnung wir angesichts der momentanen hohen Preise und der unklugen aktuell praktizierten Energiepolitik für notwendig erachten.

4. Öffentliche Daseinsvorsorge stärken

Die Absicherung grundlegender Lebensrisiken gehört in öffentliche Verantwortung. Gesundheit, Pflege, Bildung, Wasserversorgung, öffentliche Sicherheit und eine

funktionierende Verkehrsinfrastruktur dürfen nicht ausschließlich der Renditelogik unterworfen werden.

Änderungsantrag ÄA.L1.348

Antragsteller: Bezirksvorstand BSW Niederbayern, Bezirksvorstand BSW Oberfranken

Antragstext:

Änderung in Zeile 348:

Streichung des Wortes „ausschließlich“

Begründung:

Öffentliche Daseinsvorsorge darf grundsätzlich nicht der Renditelogik unterworfen werden, sondern sichert das Fundament für eine sozial gerechte Gesellschaft.

Wo natürliche Monopole bestehen oder grundlegende Infrastruktur betroffen ist, muss offen darüber diskutiert werden, ob öffentliche oder gemeinwohlorientierte Organisationsformen bessere Ergebnisse liefern. Dabei geht es uns nicht um Ideologie, sondern um Versorgungssicherheit, Qualität und Effizienz.

5. Wohnen darf kein Luxus sein

Wir wollen sozialen und kommunalen Wohnungsbau stärken, genossenschaftliche Modelle fördern und Bodenspekulation begrenzen. Familien, Rentner, Arbeitnehmer und junge Menschen müssen sich das Wohnen auch in den wirtschaftlich starken Regionen Bayerns leisten können.

6. Gesundheit und Pflege

Gesundheit ist keine Ware. Wir wollen wohnortnahe Krankenhäuser, eine bessere haus- und fachärztliche Versorgung, gute Pflege und bessere Arbeitsbedingungen für Beschäftigte im Gesundheitswesen. Die zunehmende Kommerzialisierung grundlegender Gesundheitsleistungen wollen wir zurückdrängen. Zur Finanzierung setzen wir auf das Modell der Bürgerversicherung. Alle Bürger sollen in einer gesetzlichen Krankenversicherung Mitglied sein. Zusatzleistungen können privat abgeschlossen werden.

7. Bildung und berufliche Chancen

Bildung entscheidet über Lebenschancen. Wir wollen gute Schulen, ausreichend Lehrkräfte, moderne Ausstattung und eine starke berufliche Bildung. Kein Kind darf aufgrund seiner sozialen Herkunft zurückgelassen werden. Berufliche und akademische Bildung verdienen gleichermaßen gesellschaftliche Anerkennung.

Änderungsantrag ÄA.L1.374

Antragsteller: Bezirksvorstand BSW Oberbayern, Kreisvorstand BSW Erding-Ebersberg

Antragstext:

Einfügen nach Zeile 374:

Bildungserfolg darf nicht vom Einkommen und von der sozialen Herkunft der Eltern

abhängen. Wir wollen individuelle Förderung, kleinere Klassen, ausreichend qualifizierte Lehrkräfte und pädagogisches Personal sowie gute Ganztagsangebote.

Wir wollen die frühe soziale Auslese im Bildungssystem überwinden und treten für eine gemeinsame Schule für alle ein, in der Kinder länger gemeinsam lernen, anstelle der Aufteilung auf das dreigliedrige Schulsystem ab der 5.Klasse.

Wir wollen Schule demokratisieren. Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte und pädagogisch Beschäftigte brauchen echte Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Bildung ist mehr als die Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt. Sie soll junge Menschen zu selbständigem Denken, demokratischer Mitwirkung und gesellschaftlicher Teilhabe befähigen und darf nicht allein wirtschaftlichen Verwertungsinteressen untergeordnet werden.

Jedes Kind hat unabhängig von Herkunft und Einkommen der Eltern ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben, gesellschaftliche Teilhabe und gleiche Bildungschancen.

Wir stehen solidarisch an der Seite der Schülerinnen, Schüler und Auszubildenden, die sich gegen Militarisierung und Wehrpflicht engagieren. Politisches Engagement junger Menschen gegen Militarisierung und Wehrpflicht ist Teil einer lebendigen demokratischen Gesellschaft.

Begründung:

Bildung darf soziale Ungleichheit nicht reproduzieren. Wir wollen gleiche Bildungschancen, längeres gemeinsames Lernen, eine demokratische Schule und Bildung, die junge Menschen nicht auf ihre spätere wirtschaftliche Verwertbarkeit reduziert, sondern sie zu selbständigem Denken und gesellschaftlichem Engagement befähigt.

Änderungsantrag ÄA.L1.374.2

Antragsteller: Kreisvorstand BSW Unterfranken Mitte

Antragstext:

Einfügen nach Zeile 374 (die bisherigen Punkte 8 und 9 werden entsprechend zu 9 und 10):

8. Gleichberechtigung von Frauen – sozial und konkret

Die Gleichberechtigung von Frauen ist ein wesentlicher Bestandteil sozialer Gerechtigkeit. Sie ist bis heute nicht vollständig verwirklicht. Frauen sind weiterhin häufiger von niedrigen Löhnen, Altersarmut, finanzieller Abhängigkeit und der Doppelbelastung durch Erwerbs-, Erziehungs- und Pflegearbeit betroffen.

Frauenpolitik im BSW muss deshalb die konkreten Probleme benennen und die tatsächlichen Lebensbedingungen verbessern: durch gute Kinderbetreuung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wirtschaftliche Eigenständigkeit, faire Löhne, eine bessere Anerkennung von Erziehungs- und Pflegearbeit sowie verlässlichen Schutz vor Gewalt.

Für uns bedeutet Feminismus gleiche Rechte, gleiche Chancen und Selbstbestimmung. Ein falsch verstandener „woker“ Feminismus, der sich vor allem

in Symbol-, Sprach- und Identitätsdebatten erschöpft, hilft Frauen in ihrem Alltag nicht weiter. Materielle Gleichstellung und reale Lebenschancen müssen wieder stärker in den Mittelpunkt rücken.

Begründung:

Der Leitantrag stellt soziale Gerechtigkeit, Arbeit, Daseinsvorsorge, Wohnen, Gesundheit und Bildung in den Mittelpunkt, ohne Frauenpolitik als eigenen Schwerpunkt zu benennen. Zugleich gerät Feminismus in der öffentlichen Debatte zunehmend in den Hintergrund oder wird auf kulturelle und symbolische Fragen reduziert, obwohl tatsächliche Gleichberechtigung noch immer nicht erreicht ist.

Das BSW Bayern sollte deshalb eine eigenständige Frauenpolitik vertreten, die soziale und wirtschaftliche Gleichstellung, Selbstbestimmung und konkrete Verbesserungen im Alltag von Frauen in den Mittelpunkt stellt.

8. Landwirtschaft, Natur und ländlicher Raum

Bayerns Landschaft, Natur und bäuerliche Landwirtschaft gehören zu unseren Lebensgrundlagen. Landwirtschaft muss Ernährung sichern, Kulturlandschaften erhalten und den Menschen, die davon leben, eine wirtschaftliche Perspektive bieten.

Wir wollen Umwelt-, Natur- und Artenschutz mit wirtschaftlicher Vernunft verbinden. Dazu gehört auch, Bayern besser auf die Folgen klimatischer Veränderungen wie Hitze, Trockenheit, Wassermangel und Extremwetter vorzubereiten.

Eine Politik, die bäuerliche Betriebe durch immer neue bürokratische Vorgaben belastet, während gleichzeitig der internationale Wettbewerbsdruck wächst, lehnen wir ab. Internationale Handelsverträge dürfen nicht zu Lasten der heimischen Landwirtschaft gehen und den Wettbewerb verzerren.

Änderungsantrag ÄA.L1.387

Antragsteller: Bezirksvorstand BSW Niederbayern, Bezirksvorstand BSW Oberfranken

Antragstext:

Ergänzung am Ende von Zeile 387:

Landwirtschaftliche Politik soll wieder stärker am bäuerlichen Betrieb orientiert werden und darf nicht von den Agrarkonzernen dominiert werden.

Begründung:

erfolgt mündlich

9. Frieden und europäische Sicherheit

Deutschland und Europa brauchen eine neue Politik der Entspannung. Unser Ziel ist eine europäische Sicherheitsarchitektur, die auf Rüstungskontrolle, Abrüstung, Diplomatie und gegenseitiger Berücksichtigung legitimer Sicherheitsinteressen beruht.

Europa darf nicht dauerhaft zum Austragungsort geopolitischer Konflikte zwischen Großmächten werden. Deutschland muss seine Interessen selbstbewusst vertreten

und den wirtschaftlichen und diplomatischen Austausch mit möglichst vielen Staaten suchen.

Änderungsantrag ÄA.L1.398

Antragsteller: Kreisvorstand BSW Unterfranken Mitte

Antragstext:

Einfügen nach Zeile 398:

10. Tierleid verringern, Tierheime fördern

Der Schutz von Tieren ist ein Ausdruck gesellschaftlicher Verantwortung und menschlicher Empathie. Die aktuelle Situation im Tierschutz ist jedoch alarmierend: Tierheime arbeiten bundesweit an der absoluten Belastungsgrenze, die illegale und grausame Qualzucht boomt, und verantwortungsvolle Tierhalter werden in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten zusätzlich finanziell gegängelt. Nicht zuletzt sorgen Fälle sadistischer Tierquälerei immer wieder für große Empörung in der Bevölkerung.

Wir fordern daher eine tiefgreifende Reform der Tierschutzpolitik. Wir setzen uns für eine spürbare Entlastung der Tierheime, ein konsequentes Verbot von Qualzuchten und eine gezielte Unterstützung von Bürgern ein, die Tiere aus dem Tierschutz adoptieren. Schwere Delikte sollen konsequent strafverfolgt und als Verbrechen geahndet werden, flankiert durch ein bundesweites Tierhalteverbots-Register. Zudem fordern wir den systematischen Ausstieg aus veralteten Tierversuchen zugunsten moderner Alternativforschung.

Begründung:

erfolgt mündlich

VI. Die Kommunen als Fundament unserer Politik

Politik beginnt vor Ort. Unsere kommunalen Mandatsträger sind die ersten parlamentarischen Botschafter des BSW Bayern.

Wir werden deshalb ein landesweites Netzwerk unserer Mandatsträger aufbauen und den Austausch von Erfahrungen, Anträgen und erfolgreichen kommunalpolitischen Initiativen fördern. Mindestens einmal jährlich soll eine kommunalpolitische Landeskonferenz stattfinden.

Zugleich wollen wir die Kreisverbände dabei unterstützen, auch außerhalb von Wahlkämpfen dauerhaft in ihren Gemeinden und Landkreisen sichtbar und ansprechbar zu sein.

VII. Landesarbeitskreise als Kompetenzzentren

Die Landesarbeitskreise bilden künftig das fachpolitische Rückgrat des BSW Bayern. Sie sollen Fachwissen bündeln, Mitglieder aktiv beteiligen, politische Konzepte entwickeln, Mandatsträger unterstützen, Fachveranstaltungen

organisieren und wesentliche Grundlagen für das Landtagswahlprogramm 2028 erarbeiten.

Der Leitantrag erhebt deshalb bewusst nicht den Anspruch eines vollständigen Landesprogramms. Die politische Tiefe soll dort entstehen, wo Kompetenz, Erfahrung und Fachwissen unserer Mitglieder zusammenkommen.

Diese Arbeitsteilung ist eine bewusste Stärke unseres Ansatzes. Ein Landesparteitag sollte die politische Richtung und die strategischen Prioritäten festlegen. Fachpolitische Detailfragen benötigen dagegen Zeit, Sachkenntnis und die Beteiligung derjenigen Mitglieder, die berufliche oder persönliche Erfahrung in den jeweiligen Bereichen mitbringen. So vermeiden wir, dass ein Leitantrag zu einem Sammelsurium von Einzelforderungen wird, und schaffen zugleich die Grundlage für ein fachlich belastbares Landtagswahlprogramm.

Die Landesarbeitskreise sind keine abgeschlossenen Expertenzirkel. Sie sollen offen für interessierte Mitglieder sein, unterschiedliche Positionen beraten, externe Fachkenntnis einbeziehen und ihre Ergebnisse nachvollziehbar in die politische Willensbildung des Landesverbandes einspeisen. Auf diese Weise verbinden wir Mitgliederbeteiligung mit fachlicher Qualität.

Bis Ende 2027 sollen die Landesarbeitskreise erste fachpolitische Grundsatzpapiere vorlegen. Ihre Arbeit soll transparent in die programmatische Willensbildung des Landesverbandes einfließen.

VIII. Mitgliederqualifizierung und politische Bildung

Eine Partei wird nicht allein dadurch stark, dass sie viele Mitglieder gewinnt. Sie wird stark, wenn ihre Mitglieder befähigt werden, politische Verantwortung zu übernehmen. Deshalb wird das BSW Bayern ein systematisches Schulungs- und Bildungsprogramm entwickeln.

Praktische Qualifizierung

- Führung und Organisation von Kreisverbänden
- Parteienrecht und Satzungsfragen
- Sitzungs- und Versammlungsleitung
- Schatzmeister- und Finanzarbeit
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Social Media und digitale Kommunikation
- Veranstaltungsorganisation
- Mitgliedergewinnung und Mitgliederbetreuung
- Wahlkampfplanung und Wahlkampfführung
- Kommunalpolitik und Mandatsarbeit

Politische Bildung

Daneben brauchen wir inhaltliche Schulungen – von politischen Grundlagen bis zu aktuellen politischen Fragen. Dazu gehören insbesondere Grundgesetz und Bayerische Verfassung, Demokratie und parlamentarisches System, soziale Marktwirtschaft und Sozialstaat, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Friedens- und Außenpolitik, Kommunalpolitik, Medienkompetenz sowie aktuelle politische Entwicklungen.
Die Landesarbeitskreise sollen ihre Fachkompetenz in diese Bildungsarbeit einbringen. Mittelfristig wollen wir eine dauerhafte Bildungsstruktur des BSW Bayern entwickeln, die Präsenz- und digitale Angebote miteinander verbindet.
Gerade in einer jungen Partei ist praktische Qualifizierung unverzichtbar. Niemand soll eine Vorstands-, Presse-, Finanz- oder Wahlkampffunktion übernehmen und anschließend mit den damit verbundenen Aufgaben allein gelassen werden. Wir wollen Wissen systematisch weitergeben, einheitliche Hilfsmittel und Leitfäden entwickeln und erfahrene Mitglieder als Ansprechpartner für neue Funktionsträger gewinnen.
Politische Bildung ist ebenso wichtig. Unsere Mitglieder sollen nicht lediglich Positionen wiederholen, sondern Zusammenhänge verstehen, unterschiedliche Argumente einordnen und unsere Politik aus eigener Überzeugung vertreten können. Dazu gehören politische Grundlagen ebenso wie aktuelle Fragen. Die Landesarbeitskreise können hierfür Referenten stellen und fachbezogene Bildungsangebote entwickeln. Perspektivisch wollen wir daraus eine BSW-Bildungsakademie Bayern als dauerhaftes Schulungs- und Bildungsangebot entwickeln.

IX. Demokratische Diskussionskultur und gemeinsame Handlungsfähigkeit

Eine lebendige Partei braucht Diskussion. Unterschiedliche Erfahrungen, politische Auffassungen und fachliche Perspektiven sind eine Stärke, wenn sie in einer demokratischen politischen Kultur zusammengeführt werden.

Wir wollen eine Partei, in der offen und auch kontrovers um den richtigen Weg gerungen werden kann. Gleichzeitig setzt politische Handlungsfähigkeit voraus, dass demokratisch getroffene Entscheidungen respektiert werden. Nach abgeschlossenen demokratischen Entscheidungsprozessen tragen gewählte Gremien besondere Verantwortung dafür, gemeinsam handlungsfähig zu bleiben.

Persönliche Auseinandersetzungen dürfen politische Debatten nicht ersetzen. Unser gemeinsames Ziel muss sein, die Probleme der Menschen zu lösen – nicht uns dauerhaft mit uns selbst zu beschäftigen.

Wir wollen eine politische Kultur, die offene Debatte, demokratische Entscheidung und gemeinsames Handeln miteinander verbindet.

X. Strategische und messbare Ziele bis 2028

Der Landesparteitag verbindet seine politischen Leitlinien mit überprüfbaren Arbeitsaufträgen. Die Zielgrößen sollen Orientierung geben und können bei veränderten Rahmenbedingungen durch die zuständigen Parteigremien angepasst werden.

Handlungsfeld	Ziel	Zeitrahmen / Messgröße
Kreisverbände	Die 33 Kreisverbandsstrukturen organisatorisch festigen und arbeitsfähig entwickeln.	bis Ende 2027; regelmäßige Versammlungen und politische Aktivitäten
Mitglieder	Mitgliederzahl deutlich erhöhen und aktive Mitarbeit stärken.	jährliche Entwicklung von Eintritten, Austritten und aktiver Beteiligung auswerten
Qualifizierung	Alle Kreisvorstände erhalten mindestens eine praktische Grundschulung.	bis zur Landtagswahl 2028; regelmäßige digitale und regionale Angebote
Landesarbeitskreise	Alle eingerichteten LAK arbeitsfähig; fachpolitische Grundlagen erarbeiten.	bis Ende 2027 mindestens ein Grundsatzpapier je aktivem LAK
Kommunalpolitik	Mandatsträger landesweit vernetzen.	mindestens eine kommunalpolitische Landeskonferenz pro Jahr
Kampagnen	Gemeinsame politische Handlungsfähigkeit erhöhen.	mindestens zwei landesweite Schwerpunktkampagnen pro Jahr
Programm	Fachpolitische Grundlagen und Landtagswahlprogramm erarbeiten.	Grundlagen bis Ende 2027; Programm im ersten Halbjahr 2028
Landtagswahl	Flächendeckende organisatorische Wahlbereitschaft herstellen.	spätestens Frühjahr 2028

Änderungsantrag ÄA.L1.511

Antragsteller: Kreisvorstand BSW Unterfranken Mitte

Antragstext:

Nach Zeile 511 wird in Abschnitt X folgendes strategisches Ziel ergänzt:

Landespolitisches Profil

Das BSW Bayern entwickelt bereits deutlich vor der Landtagswahl 2028 ein eigenständiges und öffentlich erkennbares landespolitisches Profil. Bayernspezifische Themen und politische Entwicklungen sollen kontinuierlich aufgegriffen, eigene Positionen entwickelt und innerhalb wie außerhalb der Partei sichtbar vermittelt werden.

Landesvorstand, Landesarbeitskreise, Kreisverbände und Mandatsträger sollen dabei zusammenwirken. Die fachpolitische Arbeit soll nicht allein der Vorbereitung des späteren Landtagswahlprogramms dienen, sondern fortlaufend in die politische und öffentliche Arbeit des Landesverbandes einfließen.

Begründung:

Der Leitantrag richtet die organisatorische und programmatische Entwicklung auf die Landtagswahl 2028 aus. Dafür reicht es nicht, bayerische Themen erst im späteren Wahlprogramm ausführlich zu behandeln.

Das BSW Bayern sollte bereits in den kommenden zwei Jahren ein erkennbares landespolitisches Profil entwickeln, eigene Themen setzen und diese kontinuierlich öffentlich vertreten. So werden fachpolitische Arbeit, politische Sichtbarkeit und die Vorbereitung der Landtagswahl miteinander verbunden.

Politisches Ziel

Unser perspektivisches politisches Ziel ist auch der Einzug des BSW Bayern in den Bayerischen Landtag.

Messbare Ziele sind dabei kein Selbstzweck. Entscheidend ist nicht allein, wie viele Mitglieder oder Kreisverbände wir auf dem Papier haben, sondern ob daraus tatsächliche politische Handlungsfähigkeit entsteht. Deshalb wollen wir neben reinen Bestandszahlen auch Aktivität betrachten: regelmäßige Veranstaltungen, Beteiligung an Landesarbeitskreisen, Zahl qualifizierter Funktionsträger, kommunalpolitische Initiativen, gemeinsame Kampagnen und regionale öffentliche Präsenz. Wir wollen organisatorisch und inhaltlich so stark werden, dass ein Einzug in den bayerischen Landtag möglich wird.

XI. Fortschritt überprüfen – Verantwortung übernehmen

Politische Ziele sind nur dann glaubwürdig, wenn ihre Umsetzung überprüft wird. Deshalb berichtet der Landesvorstand mindestens einmal jährlich über die Entwicklung des Landesverbandes.

Dabei sollen insbesondere folgende Bereiche betrachtet werden:

- Entwicklung und Aktivität der Kreisverbände
- Mitgliederentwicklung und Mitgliederaktivierung
- Anzahl, Themen und Teilnahme an Schulungen
- Arbeit und Ergebnisse der Landesarbeitskreise
- kommunalpolitische Vernetzung und Initiativen
- politische Veranstaltungen und landesweite Kampagnen
- Öffentlichkeitsarbeit und regionale Sichtbarkeit

Dabei geht es nicht darum, politische Arbeit in Tabellen zu verwandeln. Es geht darum, aus Erfolgen und Fehlern zu lernen, Verantwortung für beschlossene Ziele zu übernehmen und unsere Strategie bei veränderten Bedingungen weiterzuentwickeln. Ein solcher Fortschrittsmonitor schafft Transparenz und ermöglicht es dem Landesverband, frühzeitig zu erkennen, wo Strukturen funktionieren und wo Unterstützung notwendig ist. Er soll ausdrücklich kein Instrument zur Bewertung einzelner Personen oder Kreisverbände sein, sondern ein gemeinsames Steuerungsinstrument für unseren Aufbau bis 2028. Der Landesvorstand soll die Ergebnisse regelmäßig mit Bezirken, Kreisverbänden, Landesarbeitskreisen und Mandatsträgern auswerten und daraus konkrete nächste Schritte ableiten.

XII. Unser Auftrag

Das BSW Bayern befindet sich am Übergang von der Aufbauphase zur politischen Gestaltungsphase. Die Kommunalwahl hat erste Erfolge gebracht. Unsere Kreisverbände entstehen. Unsere Landesarbeitskreise beginnen ihre Arbeit. Unsere ersten Mandatsträger übernehmen Verantwortung.

Jetzt beginnt die nächste Etappe.

Wir wollen eine Partei aufbauen, die fachliche Kompetenz mit gesellschaftlicher Verankerung verbindet. Eine Partei, die ihren Mitgliedern politische Beteiligung ermöglicht und sie zugleich befähigt, Verantwortung zu übernehmen. Eine Partei, die offen diskutiert, demokratisch entscheidet, und anschließend gemeinsam handelt. Eine Partei, die ihre politischen Entscheidungen nicht danach trifft, was andere Parteien fordern oder ablehnen, sondern nach ihren eigenen Überzeugungen.

Wir wollen Bayern sozialer und wirtschaftlich stärker machen. Wir wollen den Sozialstaat sichern. Wir wollen Industrie, Mittelstand und gute Arbeit erhalten. Wir wollen eine geordnete und humane Migrationspolitik. Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen bewahren. Und wir wollen Frieden durch Diplomatie, Entspannung und Abrüstung.

Wir wollen unsere Partei organisatorisch stärken, unsere Mitglieder qualifizieren, unsere politische Kompetenz ausbauen und uns dauerhaft in den Städten, Gemeinden und Landkreisen Bayerns verankern, um perspektivisch auch den Einzug in den bayerischen Landtag zu ermöglichen.

Vom Aufbau zur Gestaltung.
Für soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Vernunft und Frieden.
Für ein starkes BSW Bayern.

Begründung:
-/-